

# NEWSLETTER des Arbeitskreises

**SPD** FRAKTION  
SCHLESWIG-  
HOLSTEIN

# Umwelt Energie ländliche Räume

AUSGABE 03/2021

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

wir stehen wenige Tage vor der Bundestagswahl, einer Wahl, die mehr denn je eine Richtungsentscheidung im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik bedeutet. So intensiv hat sich bisher kein Wahlkampf mit diesen Themen beschäftigt. Das ist gut so.

Deshalb freuen wir uns, dass wir neben unseren eigenen Beiträgen dieses Mal auch Gastbeiträge unserer SPD-Bundestagsabgeordneten im Angebot haben. Darin geht es beispielsweise um das Ostsee Info-Center in Eckernförde, nachhaltigen Tourismus oder auch die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität.

Mit uns machen Sie einen Ausflug ins Tierschutzzentrum Weidefeld, in dem Wildtiere ein neues Zuhause gefunden haben. Oder sie erfahren von der langen Tradition der Kleingartenvereine in Schleswig-Holstein.

Wir wollen aber nicht schon alles vorwegnehmen. Also lesen Sie selbst.

Ihr

Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume





**Inhalt**

SPD beantragt Anhörung des Schleswig-Holsteinischen Landtags von Expertinnen und Experten zum Klimaschutz in Schleswig-Holstein.....	4
Infobox Moor .....	4
Moorschutz ist Klimaschutz.....	5
Verbraucher stärken im Quartier .....	6
Die 75. Versammlung der Kleingärtner*innen in Schleswig-Holstein und 200 Jahre Kleingartenverein Schleswig.....	7
Besuch im Tierschutzzentrum Weidefeld.....	9
Jamaikas Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE).....	11
Norla 2021 in Rendsburg .....	12
Green Screen – das größte Naturfilmfestival Europas .....	13
Bei Umwelt- und Klimaschutz müssen alle ran .....	14
Klimaschutz ist Menschen-Schutz: Der sozialdemokratische Weg .....	15
Ein Quantensprung für die Elektromobilität .....	17
In die Zukunft mit nachhaltigem Tourismus.....	18
Deshalb haben wir uns auf ein EU-Klimagesetz geeinigt .....	19
Reden und Anträge im August und September 2021.....	21
Impressum .....	22



**SPD beantragt Anhörung des Schleswig-Holsteinischen Landtags von Expertinnen und Experten zum Klimaschutz in Schleswig-Holstein**

Sandra Redmann, SPD-Landtagsabgeordnete

Der aktuelle IPCC-Bericht macht deutlich, dass die Auswirkungen des Klimawandels schneller und folgenreicher sein werden, als bisher angenommen. Wetterextreme, wie Hitzesommer und Starkregen werden massiv zunehmen und verheerende Auswirkungen auch auf unser Bundesland haben. Es wurden über die Jahre bereits Maßnahmen beschlossen, die aber bei weitem nicht ausreichen werden.

Nach wie vor gehen natürliche Lebensräume verloren und das Artensterben schreitet voran. Wir brauchen dringend ein enges Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik. In Schleswig-Holstein haben wir herausragende Expertise auf diesem Gebiet. Und diese gilt es anzuhören und deren konkrete fachliche Meinung für konkrete Maßnahmen zu erfragen.

Wenn jetzt nicht die richtigen Entscheidungen getroffen werden, wird unser Land nicht mehr sein, wie es einmal war.

**Infobox Moor**

30 % der Fläche auf der Erde sind mit Wald bedeckt und 3 % mit Mooren.

Die Moorflächen speichern, wenn sie nass sind, doppelt so viel Kohlenstoff wie Wälder.

Moore in Schleswig-Holstein:

Ca. 9 % der Landesfläche und 15% der landwirtschaftlichen Fläche in Schleswig-Holstein sind Moore.

Ca. 11 % sind Wald.

88 % der Moorböden sind entwässert und weisen eine negative Klimabilanz auf. Das bedeutet sie emittieren rund 2,8 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente jährlich. Das ist so viel, wie der gesamte PKW-Verkehr im Land ausstößt.

Deutschlandweit kommen fast 7 % der gesamten Treibhausgasemissionen aus entwässerten Mooren.

Quelle: Stiftung Naturschutz



**Moorschutz ist Klimaschutz**

Thomas Hölck & Sandra Redmann,  
SPD-Landtagsabgeordnete

Die schleswig-Holsteinischen Moorlandschaften wurden über Jahrhunderte immer weiter trocken gelegt, oft um die Flächen landwirtschaftlich nutzen zu können. Trockengelegte Moore zersetzen sich und setzen CO<sub>2</sub> frei, statt es zu binden. Deshalb gehört die Wiedervernässung von Mooren als Teil des biologischen Klimaschutzes zu einer der großen Aufgaben im Kampf gegen den Klimawandel.



v.l.n.r.: Thomas Hölck, Ralf Stegner, Svenja Schulze,  
Elke Schreiber, Theodor Hildebrecht

Zum Thema Moore und Klimaschutz haben wir gemeinsam mit der SPD-Bundesumweltministerin Svenja Schulze und dem SPD-Kandidaten für die Bundestagswahl, Dr. Ralf Stegner, im August 2021 das Himmelmoor bei Quickborn besucht. Von den Vertreter\*innen des Fördervereins Himmelmoor e.V. wurde uns noch einmal eindrucksvoll sowohl die Geschichte des Torfabbaus vor Ort, als auch die Bedeutung der Moore für Klimaschutz und den Erhalt der Artenvielfalt erläutert.

Ein großer Teil der Fläche des Himmelmoors ist europäisches Fauna-Flora-Habitat-Gebiet. Es gelten also strenge Auflagen, welche Maßnahmen dort verwirklicht werden können. Die Renaturierung des Himmelmoors hat an einigen Stellen bereits in den 1980'er Jahren begonnen. Ein annähernd intaktes Moor wiederzuerlangen dauert allerdings einige Jahrzehnte.



v.l.n.r.: Svenja Schulze, Ralf Stegner, Thomas Hölck

In der vor kurzem veröffentlichten Nationalen Moorschutzstrategie des Bundesumweltministeriums werden sowohl bestehende als auch aktuell landwirtschaftlich genutzte Moore und Moorböden bedacht. Auf der einen Seite sollen intakte Moore konsequent geschützt werden. Auf der anderen werden Anreize geschaffen, um entwässerte Moorböden durch Wiedervernässungsmaßnahmen langsam zum ursprünglichen Zustand zurückzuführen. Umweltministerin Svenja Schulze hat ambitionierte Moorschutzziele für das kommende Jahrzehnt festgesteckt, um die angestrebten Klimaziele zu erreichen.

## Verbraucher stärken im Quartier

Kerstin Metzner, SPD-Landtagsabgeordnete

Gemeinsam mit Rita Hagl-Kehl, der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, besuchte ich am 06. August 2021 das Projekt „Verbraucher stärken im Quartier“ in den Kieler Stadtteilen Neumühlen-Dietrichsdorf und Gaarden.

Über das Bundesprogramm „Verbraucher stärken im Quartier“ wird derzeit je ein Projekt je Bundesland finanziert. Das Projekt konzentriert sich auf Stadtteile, in denen viele sozial benachteiligte Menschen leben. Gerade Benachteiligte werden oft von Betrug und Abzocke im Verbraucheralltag hart getroffen. Für Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen, kann schon ein Verlust von kleinen Summen erhebliche Einschränkungen im Alltag bedeuten. Betrugsmaschen bei denen zum Beispiel Handyverträge untergeschoben werden, können also schnell in einer Schuldenfalle enden. Laut der Staatssekretärin im BMJV, Rita Hagl-Kehl, basieren die meisten Fälle auf unüberlegten Vertragsabschlüssen im Internet, an der Haustür oder am Telefon, auf verweigerten Garantieleistungen sowie unverständlichen Gas- oder Stromrechnungen.

Die Kieler Projektmitarbeiter\*innen bieten offene, kostenfreie Sprechstunden an und wenden sich an alle Bewohner\*innen in Gaarden und Neumühlen-Dietrichsdorf. Die Mitarbeiter\*innen bieten den Menschen unkomplizierte Unterstützung vor Ort an, wenn sie aufgrund ihrer Lebensumstände sowie finanzieller Schwierigkeiten auf konkrete Hilfestellung angewiesen sind. Die geschulten Quartiers-Mitarbeiter\*innen klären die Verbraucher\*innen auf und unterstützen ihr Selbsthilfepotenzial, z.B. bei Themen wie Energie-Sperren oder Schulden.



v.l.n.r.: Ivan Terre und Beate Oedekoven von „Verbraucher stärken im Quartier“, MdL Kerstin Metzner, MdB Rita Hagl-Kehl, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz

Dabei arbeiten sie eng mit anderen sozialen Einrichtungen in den Stadtteilen zusammen, um auf deren Informations- und Kommunikationskanäle zugreifen zu können. Durch Vorträge und Aktionen in Schulen, Moscheen, Kirchen, oder Senioreneinrichtungen haben sie die Möglichkeit, ihre angebotenen Leistungen bekannt zu machen. Da das Projekt kostenlos ist, können deutlich mehr Verbraucher\*innen erreicht werden, für die eine kostenpflichtige Beratung eine zu große Hürde darstellen würde.



Bei einem Quartiersrundgang in Dietrichsdorf lernten wir den dortigen Aktionsbereich des Projektes kennen. Dietrichsdorf hat nur 26 soziale Anlaufstellen einschließlich Schulen oder Kitas. Das ist eine Herausforderung für die Arbeit der Projektmitarbeiter\*innen. Von Dietrichsdorf ging es mit der Fähre zur Reventloubrücke und anschließend nach Gaarden. Diese Zeit konnten wir gut für einen regen Gedankenaustausch mit unseren Gastgeber\*innen nutzen.

In Gaarden suchten wir die Jüdische Gemeinde, das SH-Quartiersmanagement der Stadt Kiel, das Vinetazentrum und die Türkische Gemeinde auf. Gaarden ist geprägt von einer großen Vielfalt an Treffs, Vereinen und Cafés. Hier gibt es die verschiedensten Möglichkeiten, mit Verbraucher\*innen Kontakt aufzunehmen. Allerdings ist es hier auf Grund der jährlichen Fluktuation von ca. 6.000 Menschen wiederum schwierig, beständige Strukturen herzustellen. Doch auch hier wird das Beratungsangebot der mobilen Verbraucherberater\*innen gut angenommen.

Wir waren uns einig, dass solche Beratungsangebote dringend erforderlich sind und auch in anderen Kommunen des Landes eingerichtet werden sollten. Problemquartiere finden sich in jeder Region und in jeder Stadt. Die Erfahrungen aus Kiel und den weiteren Standorten von „Verbraucher stärken im Quartier“ sollten dabei aufgegriffen werden.

Bei diesem Vor-Ort-Termin konnte ich viele Anregungen für meine Arbeit als verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion bekommen. Die Erweiterung der aufsuchenden Verbraucherberatung wird eine Herausforderung für die nächsten Jahre werden.



v.l.n.r.: Serpil Midyatli, Hans-Dieter Schiller, Sandra Redmann

### **Die 75. Versammlung der Kleingärtner\*innen in Schleswig-Holstein und 200 Jahre Kleingartenverein Schleswig**

Sandra Redmann, SPD-Landtagsabgeordnete

Das sind ganz besondere Daten! Sie lassen die Vielfalt und die lange Tradition mit all ihren gesellschaftlichen Umbrüchen erahnen. Zu diesen besonderen Jubiläen haben wir natürlich gratuliert und es wurde durchaus ein wenig gefeiert. Unsere Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli hat in ihrer Festrede wunderbare Worte für die Arbeit der Gartenfreunde gefunden. Und auch der Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume steht gerne im engen Austausch mit den Kleingartenvereinen im Land.

Eine Kleingartensiedlung ist heute vor allem ein Ort der Begegnung. Und eben mehr als der bloße Anbau von Gemüse. Die Menschen und insbesondere auch Kinder lernen einen gesunden Umgang mit unseren Ressourcen kennen. Bei der Pflege eines eigenen Gartens bekommt man ein Gefühl für die Vielfalt natürlicher Erzeugnisse.

Die Kleingartentradition ist ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass auch kommende Generationen diese weiterführen und Freude an Kleingärten haben. Sie sind heute Teil unserer Freizeitgestaltung und Rückzugsort in die Natur. Sie sind Begegnungsräume verschiedener Menschen und Generationen, sie stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und das Verständnis für die Natur.

Dass sich Kleingärten bis heute großer Beliebtheit erfreuen, glauben wir sofort. Denn nicht zu Letzt durch die Corona-Pandemie wurde vielen wieder klar: Die Freiheit, sich an der frischen Luft zu bewegen, der Enge der Wohnung zu entfliehen, selbst Obst und Gemüse anzupflanzen oder einfach mal im Garten zur Ruhe zu kommen, ist ein Geschenk.

Kleingartenvereine sind heute also genauso wertvoll wie vor 200 Jahren, wenn auch ganz anders. Rückbesinnung und Entschleunigung sind wichtige Beiträge für unser kulturelles Zusammenleben. Wir danken den Kleingärtnerinnen und Kleingärtner für ihr Engagement und gratulieren auch hier nochmal zu den besonderen Jubiläen.



v.l.n.r.: Serpil Midyatli, Franziska Brzezicha, Ralf Wrobel, Michael Hansen,  
Matthias Foth, Sandra Redmann, Birte Pauls



**Besuch im Tierschutzzentrum Weidefeld**

Stefan Weber, SPD-Landtagsabgeordneter

Auf einem 13 Hektar großen ehemaligen Bundeswehrgelände in Kappeln an der Schlei in Schleswig-Holstein hat der Deutsche Tierschutzbund eine ganz besondere Tierschutzeinrichtung geschaffen. Das Tierschutzzentrum Weidefeld ist im Norden Deutschlands die größte Tierschutzeinrichtung, bundesweit einmalig und wurde 2003 offiziell eröffnet. Wir, Sandra Redmann, Mareike Overbeck, Britta Grell und ich, wurden am 31. Juli 2021 von Dr. Katrin Umlauf und Patrick Boncourt über das Gelände geführt, über den Deutschen Tierschutzbund und die vielen in Weidefeld untergebrachten Tiere informiert. Wir konnten uns selbst ein Bild von der tollen und vielfältigen Arbeit in der Einrichtung machen.



Neben Haustieren wie Ziegen, Schafen oder Hängebauchschweinen hat sich das Tierschutzzentrum auf die Unterbringung von hilfsbedürftigen und sogenannten problematischen Hunden spezialisiert. Diese Tiere, die aus anderen Tierheimen nicht vermittelt werden können, werden hier über einen längeren Zeitraum intensiv und liebevoll gepflegt. Oft gelingt es, auch ihnen wieder Vertrauen in die Menschen zu geben, so dass eine Vermittlung in ein neues Zuhause klappt.

Die zweite wichtige Aufgabe des Tierschutzzentrums Weidefeld liegt in der Betreuung von Wildtieren und Exoten. Sie wurden beschlagnahmt, abgegeben oder ausgesetzt, weil ihre Besitzer\*innen nicht



mehr mit ihnen klar kamen oder weil das Tierwohl gefährdet war. Hier finden Tiere mit besonderen Ansprüchen, wie z.B. Affen, Papageien oder Schlangen, einen sicheren Platz, an dem man sich artgerecht um sie kümmert. Wir bekamen die Möglichkeit die Reptilienstation zu besichtigen - mit zahlreichen unterschiedlichen Schlangenarten oder Schildkröten, die viel Platz in Teichen und auf Grünflächen geboten bekommen. Bei den Schildkröten beispielsweise stellt die hohe Lebenserwartung der Tiere häufig ein Problem dar, denn die Tiere können ihre Halter oft überleben. Bei den Schlangen wird nicht selten der große finanzielle Aufwand unterschätzt, den eine gute Haltung mit sich bringt. Außerdem gibt es auf dem Gelände ein Papageienhaus und eine Affenstation. Alle Einrichtungen brauchen besonders gut ausgebildetes Personal, so dass nur bedingt ehrenamtliche Kräfte eingesetzt werden können.

Besonders eindrucksvoll fanden wir die neue Bärenfreianlage. Nicht ganz ohne Stolz präsentierte Patrick Boncourt das vor zwei Jahren fertiggestellte sehr naturnahe und artgerecht gestaltet Gelände und die mit Schlafhöhlen ausgestatteten Unterkünfte. Hier haben die beiden Kragenbären Balou und Serenus sowie die drei Braunbären Ronja, Mascha und Maya viel Abwechslung und Platz. Das neue Bärenrefugium umfasst eine Fläche von rund zwei Hektar. Insgesamt gibt es fünf Anlagenabschnitte - drei größere mit einer Fläche von jeweils etwa 5.000 bis 6.000 Quadratmetern sowie zwei kleinere Separationsanlagen, die über jeweils rund 1.000 Quadratmeter verfügen.

Die Tiere haben oft schon einen langen Leidensweg hinter sich. Ob im engen Käfig hinter einem Restaurant oder in trostlosen Betonröhren kleiner Tierparks. Ohne Platz, ohne artgerechtes Futter, ohne Beschäftigungsmöglichkeiten. Im Tierschutzzentrum können sie nun einfach Bär sein, spüren Waldboden unter ihren Tatzen, haben Bäume und ein Gerüst zum Klettern, Hügel als Aussichtsplattformen, Teiche zum Baden und Höhlen als Rückzugsmöglichkeiten.

Uns hat der Besuch beim Tierschutzzentrum Weidefeld tief beeindruckt, da hier ausschließlich mit Beitrags- und Spendengeldern, mit ganz viel einfühlsamer Arbeit und Enthusiasmus Tieren eine echte Chance auf ein gutes Leben gegeben wird, die sonst keine Chance mehr bekommen hätten. Wir bedanken uns an dieser Stelle nochmal für die tolle und nette Führung und vor allem für das großartige Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Tierschutzzentrums Weidefeld.

Vielleicht haben Sie ja auch mal Lust auf einen Besuch. Es lohnt sich wirklich! Erzählen Sie es gerne weiter.

Alle Informationen gibt es unter:

[www.tierschutzbund.de/organisation/einrichtungen/zentrum-weidefeld](http://www.tierschutzbund.de/organisation/einrichtungen/zentrum-weidefeld)



v.l.n.r.: Britta Grell, Sandra Redmann,  
Stefan Weber, Dr. Katrin Umlauf, Mareike  
Overbeck, Patrick Boncourt



**Jamaikas Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE)**

Kerstin Metzner, SPD-Landtagsabgeordnete

Mit einem ganzen Jahr Verspätung hat Umweltminister Jan Philipp Albrecht seine Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vorgestellt - nach seinen vielen Ankündigungen sollte das eigentlich der Höhepunkt seines politischen Schaffens in diesem Jahr sein. Im Grundsatz ist das angemessen, denn es geht um nichts weniger als die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der UN, die Deutschland ausdrücklich unterstützt. - Übrigens auch unterstützen muss. Das hat das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich klargestellt.

Es gibt im Land viele Initiativen, Akteurinnen und Akteure, die an diesem Ziel arbeiten. Auch das Land beteiligt sich daran. Bisher allerdings nicht sehr systematisch. Denn Einzelmaßnahmen machen noch keine Strategie aus. Eine Strategie beinhaltet ein übergreifendes Konzept, einen systematischen Planungs-, Arbeits- und Evaluationsprozess, die Erstellung eines verbindlichen Zeitplans, die Benennung von Verantwortlichkeiten und die Definition von Teilzielen.

Dabei sind verschiedene Punkte zentral: generationsübergreifende Bildungspolitik und Generationengerechtigkeit, die Prinzipien von Inklusion, vor allem aber der Umgang mit Ressourcen und eine Lebensweise, die mit der Natur weitgehend in Einklang ist. Kurz: Welche Rolle kann und soll Bildung in ihrer Gesamtheit im gesellschaftlichen Wandel heute spielen?

Leider geht die Strategie des Umweltministeriums vielfach von falschen Annahmen aus. Es schildert nur eine sehr verengte Perspektive. Sie scheitert bereits daran, die aktuelle Situation angemessen abzubilden. Ein gutes Beispiel dafür ist die Aussage, dass z.B. das Schulleben von Partizipation und Inklusion geprägt sei. Schön wäre es! Wie sehr dies der Realität entspricht, zeigt sich vielleicht am treffendsten darin, dass die Landesstrategie beispielsweise die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen überhaupt nicht thematisiert. Eltern von Kindern mit Behinderungen müssen oft hart dafür kämpfen, dass Grundregeln der Inklusion eingehalten werden, obwohl ihre Kinder einen eindeutigen Rechtsanspruch darauf haben. Akteur\*innen der BNE im Land bemängeln, dass Jugendliche bei der Konzeption der Landesstrategie nicht angemessen einbezogen wurden.



Der Entwurf setzt sich leider auch nicht ausreichend mit der Arbeit der Zivilgesellschaft, beispielsweise Aspekten der non-formalen Bildung auseinander, sondern vor allem mit den Aufgaben der Landesverwaltung. Und das auch nur sehr eingeschränkt: Viele Passagen behandeln zwar von Umweltthemen, aber soziale Problemfelder, beispielsweise die Frage sozialer Integration und wirtschaftlicher Stabilität unter den Vorzeichen der globalen Transformation, spielen nur eine Nebenrolle.

Die angekündigte Schaffung einer BNE-Agentur ist in der Sache sicher begrüßenswert. Allerdings zeigt der Blick in andere Bundesländer, wie sehr Schleswig-Holstein im nationalen Vergleich zurückbleibt. Eine Referentenstelle in einer dem Umweltministerium untergeordneten Abteilung zu schaffen, kann der Aufgabe nicht gerecht werden, und das nicht nur, weil sie die Agentur für die Breite ihrer Aufgaben personell ungenügend ausgestattet ist. Auch die Konzeption der Agentur selbst zeigt deutliche Mängel.

Im Ländervergleich umfasst das Team der BNE-Agentur in NRW zwölf Stellen. Deren Aufgabenbereiche liegen dort in der Veranstaltungsplanung und bei thematischen Schwerpunkten, wie Digitalisierung, Schule der Zukunft und Vernetzung mit der Zivilgesellschaft. Das Ziel der Agentur ist die Unterstützung von BNE-Akteur\*innen auf unterschiedlichen Ebenen im ganzen Bundesland. Sie sieht sich ausdrücklich als Schnittstelle, die einen ständigen Dialog mit Landesverwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft führt. Das zeigt sich auch in der dortigen Zuordnung der Agentur: Auch wenn sie organisatorisch an das Umweltministerium angebunden ist, ist sie eine ressortübergreifende Kooperation von Umwelt-, Bildungs- und Europaministerium, die gemeinsam in einer Steuerungsgruppe Strategie und Ausstattung der Agentur begleiten und entwickeln.

Um der Thematik besser gerecht zu werden, fordern wir in Schleswig-Holstein - genau wie zahlreiche BNE-Akteur\*innen - eine deutliche Aufwertung: BNE muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden! Wir wollen, dass die Aufgabenstellung voll erfasst wird – es geht nicht nur um Umweltpolitik, es geht ebenso um die anderen Nachhaltigkeitsziele, wie menschenwürdige Arbeit, wirtschaftliche Entwicklung, Geschlechtergerechtigkeit nicht zuletzt auch um hochwertige Bildung! Und wir wollen, dass die Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung den Lebenslauf jedes Einzelnen ohne Brüche abbildet! Deshalb wollen wir, dass die unmittelbar Betroffenen, insbesondere Kinder, Jugendliche und ihre Eltern angemessen gehört werden!

Nur dann gäbe es eine Strategie, die diesen Namen verdient.

### **Norla 2021 in Rendsburg**

Kirsten Eickhoff-Weber, SPD-Landtagsabgeordnete

Von Milchviehbetrieben, über Schweinehalter hin zu Getreidebauern – ob erneuerbare Energien, Tourismus, Direktvermarktung oder die Aufgaben in der Landschaftspflege und im Naturschutz – auf der Norla in Rendsburg kann man auf rund 13 Hektar die Bandbreite der ländlichen Räume und der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft erleben.

Diese Vielfalt an Aufgaben und auch an betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten ist eine große Chance und zeichnet die Landwirtschaft und unsere ländlichen Räume aus. Diese Vielfalt, birgt aber auch Risiken. In vielen Betrieben stellt sich gerade jetzt die Frage, wie man sich zukünftig aufstellen will – oder schlimmstenfalls, ob ein Betrieb überhaupt noch weitergeführt werden soll.



v.l.n.r.: Thomas  
Losse-Müller,  
Kirsten  
Eickhoff-Weber





Gemeinsam mit Thomas Losse-Müller, dem designierten SPD-Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 2022, meiner Kollegin Sandra Redman, der umweltpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, und Sönke Rix, dem SPD-Bundestagsabgeordneten für den Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde, habe ich dazu am Freitag auf der Norla viele intensive Gespräche geführt.

v.l.n.r.: Sönke Rix, Sandra Redmann, Kirsten Eickhoff-Weber, Thomas Losse-Müller

### **Green Screen – das größte Naturfilmfestival Europas**

Sandra Redmann, SPD-Landtagsabgeordnete

Auch in diesem Jahr fand wieder das Green Screen Naturfilmfestival in Eckernförde statt. Zwar noch in etwas kleinerem Rahmen, dafür aber wieder mit vielen Filmemacherinnen und Filmemachern und natürlich einfach großartigen Filmen. Die Organisator\*innen und die vielen ehrenamtlichen Helfer\*innen haben wieder mit einer riesigen Portion Liebe und unerschöpflichem Eifer ihrem Namen als größtes Naturfilmevent Europas alle Ehre gemacht.



v.l.n.r.: Sandra Redmann, Ute Ojowski

Wunderschöne, spannende, emotionale, beeindruckende und aufrüttelnde Filme, die allesamt einen Preis verdient hätten! Für die Fachjury war das sicher kein leichter Job. Erstmals in der Geschichte des Festivals gab es zwei 1. Preise für den besten Film: „Tagebuch einer Biene“ und „Ungarns wilde Pferde“.

Es lohnt sich, diese Filme anzusehen!

Herzlichen Glückwunsch an alle Teilnehmer\*innen und an das großartige Team von Green Screen!

**Bei Umwelt- und Klimaschutz müssen alle ran**

Sönke Rix, SPD-Bundestagsabgeordneter

In Schleswig-Holstein haben wir das Glück, in einer wunderschönen Umgebung zu leben: Blaues Meer, grüne Wälder und gelbe Rapsfelder sind charakteristische Farbtupfer und zugleich Lebensräume für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Um sie zu bewahren, müssen wir raus aus der Wegwerfgesellschaft. Insbesondere die Verschmutzung der Meere durch Plastik ist alarmierend. Die Verbote von Plastiktüten und bestimmten Einwegplastikprodukten sind ganz konkrete Schritte in die richtige Richtung. Indem wir endlich den Einsatz von Glyphosat beenden, sorgen wir außerdem für einen Stopp des Insektensterbens und den Schutz unserer biologischen Vielfalt. Aber auch in vielen anderen Bereichen muss sich etwas tun – mehr Erneuerbare Energien, Tempo beim Ausbau der Stromnetze, Bahnstrecken, Wasserstoffleitungen und Ladesäulen für Elektroautos sowie die Modernisierung von Wohngebäuden sind nur einige Beispiele. Die Bundesregierung hat im Juni 2021 ein zusätzliches Investitionsprogramm für den Klimaschutz in Höhe von rund 8 Milliarden Euro beschlossen. Es knüpft an die bisherigen klimapolitischen Beschlüsse an und baut eine Brücke in die nächste Legislaturperiode, in der weitere strukturelle Entscheidungen für den Klimaschutz fallen müssen.



v.l.n.r.:  
Susanne Petersen,  
Sönke Rix, Svenja  
Schulze, Till Holsten

Ganz entscheidend ist außerdem die Beteiligung der Bürger\*innen vor Ort. Hier lässt sich in den letzten Jahren eine große Bereitschaft zum Mitmachen feststellen. Das Ostsee Info-Center (OIC) Eckernförde ist eine wichtige Institution der Umweltbildung für unsere Region. Hier können Kinder und Erwachsene ein Gefühl für die Ostsee und ihre Bewohner bekommen. Die interaktive Ausstellung hilft dabei, Berührungängste vor der Unterwasserwelt zu nehmen und somit kennenzulernen, was es zu schützen gilt.



Als ehemaliger Ratsherr in Eckernförde habe ich das Projekt OIC mit angeschoben. Auch deshalb freue ich mich sehr, dass Bundesumweltministerin Svenja Schulze sich diesen Sommer die Zeit genommen hat, das Center mit mir zu besuchen.

Im Gespräch mit dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Till Holsten und der Geschäftsführerin des Trägervereins Umwelt Technik Soziales e.V., Susanne Petersen, ging es unter anderem um die Folgen des Klimawandels für die Ostsee und um den Schutz von Schweinswalen. Über die freiwillige Vereinbarung zum Schutz von Schweinswalen und tauchenden Meeresenten zieht das OIC mit Fischer\*innen gemeinsam an einem Strang. Ziel ist dabei der Schutz von Schweinswalen, ohne Fischer\*innen die Existenzgrundlage zu nehmen. Es kommen zum Beispiel PAL-Geräte zum Einsatz, die Schweinswale vor Stellnetzen warnen – so wurden in den letzten Jahren deutlich weniger Schweinswale beigeschlagen.

Was für den Schutz der Meere gilt, hat auch für den Klimaschutz Bestand: Es geht nur gemeinsam – in puncto Müllvermeidung, Mobilität und Energieverbrauch können wir alle jeden Tag selbst etwas zum Besseren verändern.

### **Klimaschutz ist Menschen-Schutz: Der sozialdemokratische Weg**

Bettina Hagedorn, SPD-Bundestagsabgeordnete

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

bei der anstehenden Bundestagswahl am 26. September 2021 geht es um eine Richtungsentscheidung: Welche Partei macht Deutschland in den erforderlichen Veränderungen zum Klimaschutz „fit“, ohne dabei die Sicherung der Arbeitsplätze für die Menschen und die Bedürfnisse im ländlichen Raum zu vergessen? Die Weichenstellungen, die in den nächsten 10 Jahren mit dieser Bundestagswahl 2021 auf dem Spiel stehen,

werden so weitreichend sein wie seit Jahrzehnten nicht: denn als einziges Land weltweit steigen wir bis Ende 2022 aus der Atomkraft aus und gleichzeitig bis spätestens 2038 aus der Kohle – und wollen dennoch ein erfolgreiches Industrieland BLEIBEN, weil wir nur dadurch einen großen Teil unseres Wohlstands erarbeiten und unsere hohen sozialen Standards auch für künftige Generationen sichern können.



Doch die Erkenntnis, mehr für Klimaschutz tun zu müssen, haben wir nicht erst seit der „Fridays for Future“-Bewegung. Für mich persönlich standen Umwelt- und Klimaschutz schon in den 90er Jahren auf der Agenda, als ich noch Bürgermeisterin in Kasseedorf war – und in den 19 Jahren meiner Arbeit in Berlin als Bundestagsabgeordnete permanent! Bereits 2007/2008 zeigte ich auf eigene Initiative in Ostholstein in etlichen Kinos bei freiem Eintritt den Film „Eine unbequeme Wahrheit“ von Al Gore.

Fakt ist bereits seit den 90er Jahren: die Erderwärmung und ihre Klimafolgen sind die zentrale Herausforderung für Deutschland, Europa und weltweit und sie muss in Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und Enkel energischer und konsequenter bekämpft werden, als das bisher geschehen ist. Mit einem CSU-Verkehrsminister Scheuer, einer CDU-Landwirtschaftsministerin Klöckner und einem CDU-Wirtschaftsminister Altmaier im Bundeskabinett ist das allerdings nur sehr begrenzt möglich.

Spätestens seitdem die damalige SPD-Umweltministerin Barbara Hendricks das Pariser Klimaschutzabkommen 2015 mitverhandelt und beschlossen hat, geht es längst nicht mehr um das OB, sondern um das WIE wir die drastisch ansteigende Erderwärmung stoppen können.

Deswegen haben wir 2019 auf SPD-Initiative hin erstmals in der Geschichte unseres Landes ein Klimaschutzgesetz beschlossen. Mit dem Bundeshaushalt 2019 haben wir Investitionen in Höhe von 66 Mrd. Euro zusätzlich (!) bis 2023 mit Finanzminister Olaf Scholz für Klimaschutz und den Strukturwandel in allen Wirtschaftsbereichen beschlossen. Im Konjunkturpaket im Juni 2020 haben wir weitere Milliarden für den Klimaschutz bewilligt und während unserer EU-Ratspräsidentschaft 2020 auf europäischer Ebene dafür gesorgt, dass mindestens 20



Prozent aller Investitionen aus Brüssel von allen 27 Mitgliedstaaten für den Kampf gegen den Klimawandel eingesetzt werden müssen. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 29. April 2021 im Rücken, dass das Klimaschutzgesetz in Teilen für verfassungswidrig erklärt hatte, konnten wir mit dem nachgebesserten Gesetz vom 24. Juni 2021 endlich die Schärfung durchsetzen, die 2019 noch am Widerstand der Union gescheitert waren. Deutschland hat in den letzten sechs Jahren zwar schon sehr viel auf den Weg gebracht – aber im Bereich Verkehr und Landwirtschaft nicht genug.

Der Klimawandel ist global und macht vor Staatsgrenzen keinen Halt – deshalb ist es NUR wirksam, an einer ernsthaften, verbindlichen Strategie und Initiative zum Schutz des Klimas international zusammenzuarbeiten. Darum ist es großartig, dass Olaf Scholz mit seiner Unterschrift im April 2019 besiegelt hat, dass unser Bundesministerium der Finanzen eines der Gründungsmitglieder der weltweiten „Klimakoalition“ der Finanzministerien auf internationaler Ebene ist. Denn es ist zwar wahr, dass konsequenter Klimaschutz sehr viel Geld kosten wird – aber Fakt ist vor allem, dass fehlendes Engagement beim Kampf gegen den Klimawandel noch viel teurer wird und unser aller Zukunft gefährdet.

Für uns Sozialdemokraten ist auch klar: Klimaschutz ist Menschen-Schutz – das Erreichen dieser Ziele darf niemals – wie bei Union und Neo-Liberalen gerne üblich – „dem Wettbewerb und dem freien Markt“ überlassen werden. Es geht nur gemeinsam mit den Menschen – der Kampf gegen den



Klimawandel und die Sicherung der Daseinsvorsorge vor Ort muss gerade auch den Menschen mit „kleinem Geldbeutel“ möglich sein und ihnen bezahlbare Wohnungen und im ländlichen Raum bezahlbare Mobilität ermöglichen. Dafür steht die SPD und dafür stehe ich persönlich.

Auf internationaler Ebene habe ich als Vertreterin von Olaf Scholz am 27. März 2019 bei dem 1. Treffen der 26 Finanzminister der Gründungsstaaten von fünf Kontinenten auf Einladung der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften im Vatikan teilgenommen. Ziel der Konferenz ist die Umsetzung und Förderung gemeinsamer Standards, der sogenannten sechs Helsinki-Prinzipien. In der Konferenz unterstrich Papst Franziskus persönlich die Notwendigkeit zum Handeln. Am 9. Dezember 2019 vertrat ich Olaf Scholz erneut in Madrid am Rande der UN-Klimakonferenz und gab dort am 10. Dezember zusammen mit Umweltministerin Svenja Schulze eine Pressekonferenz. Diese internationale Zusammenarbeit ist unfassbar wichtig für einen erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel: das Pariser Klimaabkommen kann nur weltweit gelingen und Deutschland und Europa müssen dabei eine viel stärkere und konsequentere Rolle als bisher spielen.

Gerade weil der Kampf gegen den Klimawandel nur gemeinsam gelingen kann, hat Olaf Scholz einen internationalen Klimacub am 25. August 2021 etabliert. Ziel ist es, die Klimaziele schneller zu erreichen und entsprechende Maßnahmen dafür zu beschleunigen. Diese Initiative zeigt einmal mehr, dass wir Sozialdemokrat\*innen anpacken, wenn es darum geht, den Klimawandel zu stoppen.

### Ein Quantensprung für die Elektromobilität

Mathias Stein, SPD-Bundestagsabgeordneter

„Schaffe ich es noch rechtzeitig bis zur nächsten Ladesäule, bevor die Batterie wieder leer ist?“ Diese als sogenannte Reichweitenangst bekannte Frage und bislang größtes Hemmnis beim Umstieg auf die Elektromobilität dürfte bald der Vergangenheit angehören, denn Deutschland bekommt ein Basisnetz aus Schnellladehubs. 1.100 Standorte wird die Bundesregierung an Unternehmen ausschreiben, die dort in den nächsten Jahren öffentliche Schnellladehubs mit mindestens 200 kW Ladeleistung errichten werden. Zwei Milliarden Euro stellen wir für diese Zukunftsinvestition zur Verfügung. Unser Ziel ist, dass E-Autofahrer\*innen überall im Land innerhalb von zehn Minuten die nächste Schnellladesäule erreichen können. Dafür müssen jetzt natürlich insbesondere die weißen Flecken in Angriff genommen werden, wo die Versorgung mit Ladeinfrastruktur noch sehr zu wünschen übrig lässt.



Den Rahmen für die Ausschreibungen des Bundesverkehrsministeriums haben wir im Deutschen Bundestag vor der Parlamentarischen Sommerpause mit dem Schnellladegesetz festgelegt, das ich als federführender Berichterstatter für die SPD-Bundestagsfraktion verhandeln und an einigen Stellen verbessern konnte. So war mir beispielsweise wichtig, dass sich nicht nur die großen Anbieter und Konsortien an den Ausschreibungen der 900 Regionalstandorte beteiligen können. Ganz besonders freue ich mich außerdem über den Erfolg, dass das Monopol der Kraftstoffversorgung an Autobahnen entgegen der ursprünglichen Planung nicht auf den Ladeinfrastrukturbereich übertragen worden ist. Wir als SPD konnten in den Verhandlungen mit dem CSU-Ministerium durchsetzen, dass die 200 Schnellladestandorte entlang der Bundesfernstraßen an bislang unbewirtschafteten Raststätten entstehen werden. Der Wettbewerb mit den bereits bestehenden Standorten wird insgesamt zu einer Verbesserung des Schnellladeangebots sowie für niedrigere Preise an den Autobahnen sorgen und ist damit gut für die Kundinnen und Kunden.

A propos niedrige Preise: E-Autofahrer\*innen bekommen mit dem Schnellladegesetz nicht nur die Sicherheit, dass die nächste Schnellladesäule in kurzer Zeit zu erreichen ist, sie bekommen auch die Gewissheit, dass sie beim Deutschlandnetz nicht abgezockt werden. 44 Cent darf eine Kilowattstunde maximal an den Schnellladesäulen kosten – das hat die Nationale Leitstelle Infrastruktur in ihren Ausschreibungsanforderungen festgelegt. Die Ausschreibung der 900 Regionalsuchräume soll am 15. September erfolgen, die 200 Autobahnstandorte folgen dann später im Herbst.

### **In die Zukunft mit nachhaltigem Tourismus**

Gabriele Hiller-Ohm, SPD-Bundestagsabgeordnete

Schon vor der Corona-Krise hat sich abgezeichnet, dass wir ein Umdenken im Tourismus brauchen: Massentourismus, mit Autos verstopfte Straßen und die Zunahme von Kreuzfahrtschiffen, die einen enormen Energieverbrauch haben, waren nur die sichtbarsten Zeichen. Zu viel Tourismus auf zu kleinem Raum kann dazu führen, dass wir das, was wir eigentlich genießen und erleben wollen, zerstören. Deswegen ist spätestens jetzt klar: Tourismus und Umweltschutz müssen Hand in Hand gehen. Es ist Zeit für nachhaltiges Reisen.

Dieses Umdenken stößt durchaus auf Nachfrage: Reisende setzen immer mehr auf umweltbewusste Erholung. Mit der Corona-Pandemie haben viele ihre Auslandsziele und damit auch längere Auslandsflüge zunächst gestrichen. Anstelle der Safari in Tansania geht man nun Segeln in Travemünde. Statt Kreuzfahrt in der Südsee wollen viele Kanufahren in Süsel. Und statt Wellness auf Puket geht man nun Wandern in Plön.





Urlaub, Erholung, Neues Entdecken – diese Formen des Tourismus sind in den vergangenen Monaten deutlich regionaler und damit auch umweltfreundlicher geworden. Ferienwohnungen sind stark nachgefragt, Kur- und Heilbäder verzeichnen steigende Besucherzahlen und Urlaub auf dem Bauernhof erlebt ein wahres Revival.

Gerade die nahen Urlaubsziele bieten auch eher strukturschwachen Regionen Potential. In Schleswig-Holstein wirbt die Tourismusagentur dafür, bei überfüllten Stränden das attraktive Hinterland zu besuchen. Dabei hilft die Digitalisierung sehr. Neue Apps wie die Strandampel können Besucherströme innovativ leiten und Menschenmassen auf größere Räume verteilen. Nach dem Motto „Wenn schon alle Strandkörbe in Scharbeutz belegt sind, fahren Sie doch einen Tag an den Plöner See“ können Apps und digitale Reiseführer aktiv für eher unbekannte Regionen werben.

Als Politik müssen wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, um nachhaltiges Reisen noch attraktiver zu machen. Der eingeführte Deutschland-Takt der Bahn ist ein guter Anfang. Damit können mehr Gäste in schnellerer Zeit und verbesserten Abfahrtszeiten mit der Deutschen Bahn reisen. Wichtig für die nächste Legislaturperiode ist es, den Deutschland-Takt weiter auszubauen und gerade auch die kleinen Bahnhöfe in den strukturschwachen Regionen mit einzubinden.

Investitionen in die Digitalisierung sind unabdingbar. Es braucht jetzt nicht nur den flächendeckenden Netzausbau sondern gerade auch vermehrte Fördermittel für innovative Ansätze zur Besucherlenkung und Informationsbereitstellung. Das Kompetenzzentrum für Tourismus hat einen übersichtlichen Förderwegweiser geschaffen, mit dem passende Fördermittel gefunden werden können.

### **Deshalb haben wir uns auf ein EU-Klimagesetz geeinigt**

Delara Burkhard, SPD-Europaabgeordnete

Liebe Leser\*innen,

Liebe Europainteressierte,

nicht nur tausende junge Menschen auf den Straßen, auch Gerichte fordern von Politik und Wirtschaft mittlerweile die Einhaltung des Paris-Abkommens ein. Sie nehmen damit zwar eine wichtige Kontroll- und Korrekturfunktion ein. Doch es ist an der Zeit, dass wir sowohl in der Bundes- als auch in der Europapolitik das Heft des Handelns wieder in die Hand nehmen. Wie wichtig das nicht zuletzt auch für



uns in Deutschland ist, haben uns die Hochwasser in diesem Sommer deutlich vor Augen geführt.

Bereits jetzt ist die Klimakrise nichts Abstraktes mehr in Deutschland und derartige Extremwetter-Ereignisse werden in Zukunft weiter zunehmen, wenn den Temperaturanstieg nicht auf 1,5 °C begrenzen können.

Deshalb haben wir uns auf ein EU-Klimagesetz geeinigt.

Am 28. Juni haben wir dem Kompromiss mit der Kommission und den Mitgliedsstaaten im Europäischen Parlament offiziell zugestimmt. Damit steht fest: Erstmals schreiben wir das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 gesetzlich fest. Außerdem haben wir das CO<sub>2</sub> Reduktionsziel bis 2030 verschärft: Im Vergleich zu 1990 wollen wir unsere Emissionen in der EU bis dahin um mindestens 55% statt der bisher angestrebten 40% reduzieren. Dennoch: Als Parlament mussten wir große Zugeständnisse an den Rat – in dem die Vertretungen der Mitgliedsstaaten sitzen – machen.

Aber wir konnten uns auch in wichtigen Punkten durchsetzen: So wird es ein Treibhausgasbudget für die EU geben. Dieses Budget wird die Höchstmenge an Emissionen definieren, die die EU bis 2050 ausstoßen kann, ohne dass die EU Gefahr läuft, ihre Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris nicht einzuhalten. Auch wird ein neuer EU-Klimabeirat gegründet. Dessen Aufgabe wird es sein, der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten bei ihren Treibhausgas-Reduktionen genau auf die Finger zu schauen. Darauf aufbauend wird der Beirat dann bewerten, ob wir unsere Ziele mit den geplanten Maßnahmen erreichen können. Damit haben wir das Motto „listen to science“ der Klimabewegungen in der EU-Klimapolitik verankert.

Aber ein Klimagesetz allein reicht nicht, wir müssen uns daran machen, es zu erreichen!

Mit dem „Fit for 55“-Paket, welches die Kommission im Juli vorgestellt hat, bietet sich nun die Chance dazu, unseren Kontinent auf den Kurs Richtung Klimaneutralität zu bringen. Mit den Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass wir das 55% aus dem Klimagesetz bis 2030 einhalten. Dazu enthält das Paket 12 Gesetzesvorschläge, die alle Bereiche der Gesellschaft betreffen: So soll beispielsweise bis 2035 kein Auto mehr eine Zulassung erhalten, dass CO<sub>2</sub> ausstößt.



Den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung plant die Kommission bis 2030 auf 40% zu erhöhen. Um nachhaltige, europäische Firmen vor günstigen, CO<sub>2</sub> intensiver Ware aus dem Ausland zu schützen, sollen letztere mit einer Steuer belegt werden. Auch der europäische Emissionshandel (ETS) soll reformiert werden: Um den CO<sub>2</sub> Preis zu erhöhen, soll die Zahl der Zertifikate schneller als geplant reduziert werden. Außerdem soll das System dann auch für den Luft- und Schiffverkehr gelten, was bislang nicht der Fall war. Für die Bereiche Verkehr und Gebäude – bislang ebenfalls nicht enthalten –



soll ein paralleles ETS System eingeführt werden. Die Einnahmen aus dem ETS sollen für einen Klima-Sozialfonds verwendet werden: Dadurch soll den Menschen und Mitgliedsstaaten geholfen werden, die besonders von der Transformation betroffen sind.

Als Sozialdemokrat\*innen im Europäischen Parlament kommt es uns nun besonders darauf an, dass wir das Wort ‚mindestens‘ des Treibhausgasreduktionsziels bis 2030 durch das Paket mit Leben füllen. Für uns ist klar: Wir wollen das 2030-Klimaziel übertreffen. Dazu dürfen ins bei der Umsetzung der Maßnahmen nicht auf den Markt verlassen, sondern benötigen eine staatliche Politik der Transformation. Auch müssen die Maßnahmen solidarisch umgesetzt werden: Die CO2 Reduktionen dürfen sich nicht nur am Bruttoinlandsprodukt orientieren, sondern müssen auch die verschiedenen Potentiale der Mitgliedsstaaten einbeziehen. Außerdem benötigen die einkommensschwächsten Länder finanzielle Unterstützung auf diesem Weg. Solidarisch heißt auch, dass wir den Wandel sozial gestalten und alle Menschen in Europa mitnehmen und niemanden zurücklassen.

Mit dem Paket werden wir uns in den kommenden Wochen und Monaten im Europäischen Parlament intensiv auseinandersetzen. Ich werde euch auf dem Laufenden halten!

Solidarische Grüße

Eure Delara

### **Reden und Anträge im August und September 2021**

#### **August**

Antrag von Sandra Redmann am 11.08.2021: Anhörung des Schleswig-Holsteinischen Landtags von Expertinnen und Experten zum Klimaschutz in Schleswig-Holstein

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/03100/drucksache-19-03192.pdf>

Thomas Hölck zu TOP 25+33 am 26.08.2021: Mut bedeutet, dass man sich traut und fähig ist, etwas zu wagen. Wir sind für den Klimaschutz dazu bereit

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-08-26-16-02-10-0e65/?tVon=26.08.2021&tBis=28.08.2021&qu=Thomas+H%C3%B6lck>

Sandra Redmann zu TOP 59 am 26.08.2021: Den Weg für eine Zukunft ohne Munitionsaltlasten ebnen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-08-26-15-23-43-0b8f/?tVon=26.08.2021&tBis=28.08.2021&qu=Sandra+Redmann>

Kerstin Metzner zu TOP 47 am 26.08.2021: Die Einhaltung von Menschenrechten ist die Aufgabe jedes Einzelnen von uns – jeden Tag und zu jeder Zeit!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-08-27-11-37-45-5aa5/?tVon=26.08.2021&tBis=28.08.2021&qu=Kerstin+Metzner>

Kerstin Metzner zu Top 55 am 27.08.2021: Die Vermittlung einer nachhaltigen Lebensweise sollte Menschen generationsübergreifend von der Kita bis ins hohe Lebensalter begleiten

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-08-27-11-09-31-588b/?tVon=26.08.2021&tBis=28.08.2021&qu=Kerstin+Metzner>

**September**

Kai Dolgner zu TOP 12 am 23.09.2021: Digitaler Strukturwandel ohne Geld und Personal ist eine Luftnummer

<https://www.spd-fraktion-sh.de/2021/09/23/digitaler-strukturwandel-ohne-geld-und-personal-ist-eine-luftnummer/>

Kisten Eickhoff-Weber zu TOP 21 am 23.09.2021: Zukunft der Landwirtschaft

<https://www.spd-fraktion-sh.de/2021/09/23/nur-dialog-ist-auch-keine-loesung/>

**Impressum**

Herausgeberin	SPD Landtagsfraktion - Arbeitskreis Umwelt, Energie, Ländliche Räume
Vorsitzende Arbeitskreis	Sandra Redmann
Referentin Arbeitskreis	Mareike Overbeck
Bilder und Fotos	Felix Deutschmann, studio kohlmeier berlin, Team Rix, Europa Parlament, Sandra Redmann, Mareike Overbeck, Pixabay, Marie Strake
Layout	Marie Strake
Postfach 7121, 24171 Kiel	E-Mail: <a href="mailto:umwelt@spd.ltsh.de">umwelt@spd.ltsh.de</a>